



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
6. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 11.12.2008  
im in der Stadthalle

Beginn: 15:00 Uhr  
Ende: 20:50 Uhr

Anwesend

Bürgermeister  
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior  
Frau Britta Dreher  
Herr Dieter Drescher  
Frau Marion Dyduch  
Herr Joachim Eckardt  
Herr Kaya Gercek  
Frau Astrid Gube  
Frau Petra Hartig  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Hartmut Madeja  
Frau Annette Mann  
Herr Jochen Müller  
Frau Ursula Müller  
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ingrid Borowiak  
Herr Dirk Ebbinghaus  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes

Herr Reinhard Hasler  
Herr Wilhelm Kemna  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Rüdiger Plümpe  
Frau Ina Scharrenbach  
Herr Franz Hugo Weber  
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Alexandra Möller  
Frau Bettina Werning

FDP  
Herr Detlef Knop  
Herr Christian Voss

BG (neu)  
Herr Hans-Peter Kaminski  
Herr Dieter Kloß

fraktionslos  
Herr Dr. Jörg Frey  
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher  
Herr Heinz Henning  
Herr Gustav-Adolf Kersten  
Frau Ursula Lungenhausen  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung  
Herr Jochen Baudrexl  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Ingelore Peppmeier  
Frau Sonja Richard  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Personalrat  
Herr Uwe Fleißig

Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Mitglieder des Rates sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Es wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 20 „Einwohnerfragestunde“ nach Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Weitere Änderungen der Tagesordnung ergaben sich nicht.

Herr Hupe gratulierte Herrn Christian Voss zum Geburtstag und übergab einen Blumenstrauß.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Abberufung eines Prüfers	109/2008
2	Abberufung einer Prüferin	117/2008
3	Einwohnerfragestunde	
4	Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung -	129/2008
5	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen	128/2008
6	Änderung der Satzung der Stadt Kamen für die kommunalen Friedhöfe und der Friedhofsgebührensatzung	113/2008
7	Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2009; Billigung der Gebührenkalkulation	112/2008
8	Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung	110/2008
9	2. Satzung zur Änderung der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen vom 14.12.2001	127/2008
10	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen	098/2008
11	Genehmigung der Satzungsänderung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	126/2008
12	Ausschüttung eines Teilbetrages des Gewinnvortrages der Stadtentwässerung Kamen an die Stadt Kamen	108/2008
13	Heim- und Vollzeitpflegekosten, Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben	107/2008
14	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009	111/2008
15	NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2009	125/2008
16	Beteiligungsbericht 2008	124/2008
17	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2009 und die Finanzplanung für die Jahre 2008 - 2012	097/2008
18	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2007	120/2008

19	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2007	118/2008
20	Wiederwahl des 1. Beigeordneten der Stadt Kamen sowie Bestellung zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters und zum Stadtkämmerer	114/2008
21	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
109/2008 Abberufung eines Prüfers

### **Beschluss:**

Herr Heino Seiffert wird mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben als Prüfer entbunden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.  
117/2008 Abberufung einer Prüferin

### **Beschluss:**

Frau Dorothee Lettmann wird mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben als Prüferin entbunden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu TOP 4.  
129/2008

Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung -

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste“ und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Berechnung der Gebührensätze.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
128/2008

Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte "Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Berechnung der Gebührensätze.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
113/2008

Änderung der Satzung der Stadt Kamen für die kommunalen Friedhöfe und der Friedhofsgebührensatzung

Herr **Baudrexl** gab einen redaktionellen Hinweis zur vorgelegten Änderungsatzung. Demnach würden in § 14 Absatz 2 die Sätze 1 und 2 neu gefasst und nicht nur der Satz 1.

Herr **Kaminski** begründete für die BG-Fraktion die Ablehnung dieser Beschlussvorlage und bezog sich dabei auf die vorangegangenen Diskussionen im Rat. Er machte deutlich, dass in Nachbarkommunen andere Bestattungsformen angeboten würden. Eine Realisierung halte er in Kamen ebenfalls für möglich.

Herr **Hasler** zeigte sich erfreut, dass es zu keiner Gebührenerhöhung gekommen sei. Dennoch hätte es die CDU-Fraktion begrüßt, wenn bei der Kostenkalkulation die Position öffentliches Grün stärker einbezogen worden wäre. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, behalte sich jedoch eine erneute Thematisierung für das laufende Jahr vor, da perspektivisch noch Handlungsbedarf bestehe.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorgelegte „Erste Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Kamen für die kommunalen Friedhöfe“ sowie die „Achte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen“ und billigt gleichzeitig die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 7.  
112/2008

Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2009;  
Billigung der Gebührenkalkulation

Herr **Baudrexl** verwies auf die Einführung der Altpapiertonne in diesem Jahr, die einmütig vom Rat begrüßt wurde. Die vom Kreis Unna durchgeführte Ausschreibung der Altpapierverwertung sei abgeschlossen und insoweit rechtzeitig gewesen, als dass ein hoher Erlöspreis vertraglich gesichert werden konnte. Mittlerweile sei ein nicht unerheblicher Preisverfall festzustellen. Trotz Berücksichtigung der Kosten für die Altpapiertonne sei die Gebühr konstant geblieben. Eine jetzt zu verzeichnende Einsparung sei aus Gründen der Gebührenstabilität nicht an die Bürger weiter gegeben worden, da für das nächste Jahr mit höheren Kosten bei der Müllentsorgung zu rechnen sei.

Herr **Ebbinghaus** erkundigte sich, ob es möglich sei, dass in Anbetracht des drastischen Preisverfalls beim Altpapier Abfallentsorgungsunternehmen durch die bestehenden Verträge insolvent werden könnten.

Unter Umständen könnten, so Herr **Baudrexl**, kleine Unternehmen den Preisverfall beim Altpapier nicht auffangen. Glücklicherweise sei für die Stadt Kamen ein großes Unternehmen mit der Abfuhr beauftragt. Daher sehe er das Risiko, durch Unternehmensinsolvenz einen höheren Preis zahlen zu müssen, nicht.

Von Herrn **Krause** wurde es begrüßt, dass die Abfallentsorgungsgebühren für 2009 konstant blieben. Die Einführung der Blauen Tonne sei zu einem richtigen Zeitpunkt realisiert worden. Darüber hinaus stellte er klar, dass seine Fraktion das Projekt „Saubere Stadt“ in Gänze befürworte. Die jährlichen Kosten von ca. 400.000 Euro seien als sinnvoll anzusehen, zumal durch den Einsatz der GWA-Mitarbeiter im Stadtgebiet der Baubetriebshof von Aufgaben entlastet würde und somit Einsparungen in diesem Bereich erzielt werden könnten. Die SPD-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr **Hasler** stimmte mit seinem Vorredner grundsätzlich überein. Es herrsche kommunalpolitisch Konsens in dem Wunsch nach einer sauberen Stadt. Jedoch sehe er die Notwendigkeit, anstatt der Beseitigung des Müllaufkommens vorbeugende Maßnahmen zur Müllvermeidung zu präferieren. Auch seitens seiner Fraktion werde die Aktion „Saubere Stadt“ unterstützt. Es fehle aber an Angaben der Verwaltung zur Höhe und Zusammensetzung der Kosten von rd. 400.000 Euro, die vom Kreis Unna in Rechnung gestellt würden. Weitere Aspekte dazu seien alternativ zu prüfen, wie z.B. die

Durchführung dieser Arbeiten in Eigenregie. Hierzu sehe er auch noch weiteren Gesprächsbedarf im nächsten Jahr. Dennoch werde seine Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Herr **Kühnapfel** hielt es für sinnvoll, die Präventionsarbeit im Rahmen der Aktion „Saubere Stadt“ zu stärken. Gerade in Kindergärten und Schulen sei das Thema Müllvermeidung zu forcieren. Unter diesem Aspekt werde seitens seiner Fraktion das Projekt auch weiterhin mitgetragen. Nähere Informationen zu den Kosten würden auch von ihm befürwortet.

Herr **Brüggemann** unterstrich die Bedeutung des Projektes für diese Stadt. Er hoffe, dass sich durch die geleistete Präventionsarbeit in einigen Jahren spürbare Verbesserungen erreichen ließen. Der ordnungspolitische Ansatz sei weniger erfolgsversprechend und zielführend. Es sei beabsichtigt, im Frühjahr erneut ein mehrjähriges Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit vorzustellen. Dieses werde jedoch neben dem Anteil von knapp 400.000 Euro weitere Kosten verursachen. Es sei falsch, anzunehmen, durch den Wegfall der Leistungen der GWA könnten 400.000 Euro eingespart werden. Die erbrachten Leistungen der GWA müssten dann vom städtischen Baubetriebshof aufgefangen werden. Ob dieser im gleichen Umfang und zu gleichem Preis die Reinigung der Stadt vornehmen könne, sei fraglich. In Gesprächen mit der GWA sei erörtert worden, auf Kosten teilweise verzichten zu können. Das habe dazu geführt, dass von der ursprünglichen Prognose für 2009 Reduzierungen in Höhe von 40.000 – 50.000 Euro vorgetragen werden könnten.

Herr **Kaminski** wies auf die im Frühjahr stattfindenden Reinigungsaktionen mit Bürgern und Vereinen hin, bei denen erhebliche Mengen von Müll eingesammelt würden. Insbesondere seien Containerstandorte sehr vermüllt. Daher stelle sich die Frage, ob die überwiegende Anzahl der Bürger für einige wenige, die ihren Müll nicht ordnungsgemäß entsorgen würden, Kosten von ca. 400.000 Euro aufbringen müssten.

Herr **Hasler** stellte klar, dass er sich in seinen Ausführungen weniger auf ordnungspolitische Maßnahmen bezogen habe. Vielmehr halte er ein früheres Einschreiten für sinnvoll, d.h. es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um im Vorfeld eine Vermüllung zu vermeiden. Darüber hinaus fragte er nach, ob die Aussage von Herrn Brüggemann, der Baubetriebshof könne die Arbeiten nicht günstiger ausführen, sich nur auf diesen Bereich beziehen würde oder ob diese Regel für den gesamten Bereich der Verwaltung gelte.

Herr **Brüggemann** meinte in den Ausführungen des Herrn Hasler mehr den ordnungspolitischen Aspekt wahrgenommen zu haben. In vorangegangenen Diskussionen sei dieser Punkt von der CDU-Fraktion stets als Schwerpunkt belegt worden. Zu den Kosten für die Arbeitsleistungen führte er aus, dass bestimmte Lohnzuschläge wie Feiertags- und Wochenendzuschläge nach privatem Tarifrecht geringer seien und daher die Leistungen durch die GWA vermutlich günstiger angeboten werden könnten.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen billigt die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für den Gebührenhaushalt „Abfallwirtschaft“ (Produkt 53.02.01) für das Jahr 2009 mit gleichbleibenden Gebührensätzen für die Restmüll- und Biomüllentsorgung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
110/2008

Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorgelegte „Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.  
127/2008

2. Satzung zur Änderung der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen vom 14.12.2001

### **Beschluss:**

Die vorgelegte „2. Satzung zur Änderung der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen vom 14.12.2001“ wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 10.  
098/2008

Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen

Frau **Dyduch** bezog sich auf die durch die Verwaltung im Betriebsausschuss vorgestellte Prognose zu den Abwassergebühren. Die darin skizzierten Rahmenbedingungen seien nicht beeinflussbar. Eine Senkung der Abwassergebühr sei daraus folgend in absehbarer Zeit nicht möglich. Eher sei mit einer stetigen Steigerung zu rechnen. Die Lippeverbandsumlage werde nur geringfügig angehoben. Für das nächste Jahr müssten die Kamener Haushalte daher mit einer Erhöhung der Gebühr um 4,07 % rechnen. Ohne die Einbeziehung von handelsrechtlichen Gewinnen aus Vorjahren wäre die Gebührenerhöhung noch größer ausgefallen. Augenmerk sei weiterhin auf die Investitionen in das Kanalnetz zu legen. Dennoch sei die Gebührenerhöhung vertretbar.

Herr **Kissing** erklärte, dass mit Hilfe der vorgestellten Prognose eine Einschätzung zukünftiger Gebührentendenzen im Abwasserbereich vorgenommen werden könnte. Im Durchschnitt sei demnach in den nächsten 5 Jahren mit einer Steigerung von jährlich 4 % zu rechnen. Diese überschaubare Größe werde vorrangig durch Investitionen in das Kanalnetz beeinflusst. Der Wirtschaftsplan weise mittel- bis langfristig einen Investitionsbedarf von ca. 54 Mio. Euro aus. Diese Maßnahmen seien notwendig und sinnvoll.

Herr **Kloß** stellte klar, dass seine Fraktion diese Gebührenerhöhung nicht mittragen werde und bezog sich dabei auf die letzte Gebührenerhöhung. Die Rücknahme des Beschlusses über die Ausschüttung eines Teilbetrages des Gewinnvortrages der Stadtentwässerung an die Stadt Kamen in Höhe von 1,387 Mio. Euro sei richtig, da Gebühreinnahmen nicht für den Ausgleich des städtischen Haushaltes aufzubringen seien. Dieses Geld solle vielmehr eingesetzt werden, um die Gebührenerhöhung für 2009 zu reduzieren.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorgelegte „Zweite Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen“ und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 11.  
126/2008

Genehmigung der Satzungsänderung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen

#### **Beschluss:**

Die vorgelegte Satzungsänderung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 12.  
108/2008

Ausschüttung eines Teilbetrages des Gewinnvortrages der Stadtentwässerung Kamen an die Stadt Kamen

Frau **Dyduch** verdeutlichte, dass durch die Steuerentwicklung im Jahr 2008 ein Verzicht auf die Gewinnentnahme möglich geworden sei. Die Option, sich weiterhin einen Handlungsspielraum im städt. Haushalt durch eine eventuelle Transferierung der Finanzmittel in 2010 vorzubehalten, sei positiv zu bewerten.

Herr **Voss** zeigte auf, dass die FDP-Fraktion der Aufhebung des Beschlusses zustimmen werde. Es sei zu begrüßen, wenn durch

handelsrechtliche Gewinne die städt. Gebühren subventioniert werden könnten, um so Gebührensteigerungen moderat zu halten.

Für die CDU-Fraktion nahm Herr **Kissing** eine Bewertung vor. Die Rückgängigmachung des Beschlusses sei unter dem Aspekt der geplanten Kanalbauinvestitionen von insgesamt 54 Mio. Euro sinnvoll. Dennoch halte er die Aufhebung für kontraproduktiv, weil keine klare Entscheidungslinie des Rates vorliege. Seine Fraktion habe im Februar diesen Jahres einer Transferierung zugestimmt. Gleichzeitig sei beantragt worden, diese Finanzmittel als Deckungsvorschlag einzusetzen, um die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen zu vermeiden, was jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Die CDU-Fraktion stimme zwar dieser Beschlussvorlage zu. Eine automatische Entscheidung für das Jahr 2010 werde aber damit nicht getroffen. Vielmehr gelte es, den Haushalt mit den dann vorliegenden Zahlen zu bewerten.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass der gefasste Beschluss aus formalen Gründen aufzuheben sei. Die Entscheidung zur Gewinnabführung sei in erster Linie getroffen worden, um eine Finanzplanung aufzustellen, die eine Haushalts-sicherung bzw. einen Nothaushalt vermeide. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2008 sei noch nicht abschätzbar gewesen, dass die Stadt mit Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 19,3 Mio. Euro hätte rechnen können. Die Finanzplanung wäre unter diesem Umstand mit anderen Werten belegt worden.

Herr **Kloß** befürwortete die Aufhebung des Beschlusses. Es dürfe jedoch nicht zur Regel werden, dass der städtische Haushalt durch Finanzmittel des Eigenbetriebes subventioniert werde.

Herr **Baudrexl** stellte klar, dass grundsätzlich der Betriebsausschuss sowie der Rat über die Gewinnverwendung der Stadtentwässerung zu entscheiden haben. Die Gewinnabführung in Höhe von 1,387 Mio. Euro sei aus bilanztechnischen Gründen möglich gewesen.

Aufgrund der guten Gewerbesteuerentwicklung mache es Sinn, so Frau **Dyduch**, auf die Ausschüttung eines Teilbetrages zu verzichten. Die Aufnahme dieses Betrages in die Finanzplanung 2010 sichere flexibles Handeln und sei daher klug und richtig.

### **Beschluss:**

Der in der Sitzung des Rates am 14.02.2008 erfolgte Beschluss laut Vorlage Nr. 001/2008 wird aufgehoben.

Die Verwaltung wird dem Rat zu gegebener Zeit eine Vorlage zur Entscheidung vorlegen, in der die Höhe des Betrages und der Zeitpunkt der Gewinnausschüttung aus dem Gewinnvortrag neu definiert werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 13.  
107/2008

Heim- und Vollzeitpflegekosten, Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder  
hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben

Frau **Dyduch** verdeutlichte, dass der Fachbereich Jugend sehr kosten-trächtig sei, da die Unterbringung in Heimen die letzte Möglichkeit zum Schutz von Kindern darstelle und die Kosten daher nicht vermeidbar seien. Sie wies mit Blick auf den noch zu beschließenden Stellenplan auf die zusätzlich im Allgemeinen Sozialen Dienst geschaffene Stelle hin, die sinnvoll sei, um mehr Präventionsarbeit leisten zu können. Der Anstieg bei den Heim- und Familienpflegen stelle auch einen Spiegel derzeitiger gesellschaftlicher Bedingungen und Probleme dar.

Zu den Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen führte Frau Dyduch aus, dass das Wahlverhalten der Eltern den Vorgaben der Verwaltung größtenteils entsprochen habe. Große Nachfrage bestehe bei den Wichtelgruppen, die eine freiwillige Einrichtung darstellten. Insofern sei die Mehrausgabe für diesen Bereich gerechtfertigt und werde von ihrer Fraktion unterstützt.

Frau **Möller** stellte fest, dass immer mehr Familien Förderbedarf hätten und externe Hilfen benötigen würden. Wenn das Wohl von Kindern gefährdet sei, hätte eine Stadt unverzüglich zu handeln. Daher sei die überplanmäßige Ausgabe unabweisbar.

Frau **Scharrenbach** zeigte auf, dass die Beschlussvorlage seitens ihrer Fraktion voll mitgetragen werde.

Herr **Kaminski** schloss sich der Argumentation seiner Vorrednerinnen an. Seine Fraktion werde der überplanmäßigen Ausgabe zustimmen.

#### **Beschluss:**

Beim Produkt 36.01.01 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung - werden bei den Transferaufwendungen (Teilergebnisplan Zeile 15) gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen im Höhe von 280.000,- € genehmigt.

Beim Produkt 36.03.01 - Hilfe für junge Menschen und ihre Familien - werden bei den Transferaufwendungen (Teilergebnisplan Zeile 15) gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 250.000,- € genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 14.  
111/2008

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Für die SPD-Fraktion nahm Herr **Krause** Stellung.  
- Redebeitrag s. Anlage 1 -

Eine Bewertung des Stellenplanes für die CDU-Fraktion nahm Herr **Hasler** vor.  
- Redebeitrag s. Anlage 2 –

Frau **Werning** verdeutlichte, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, denen sie ihren Dank für die geleistete Arbeit aussprach, einen Großteil dazu beigetragen hätten, Haushaltseinsparungen von fast 44 Mio. Euro zu realisieren. Die Grenze der Belastbarkeit sei mittlerweile jedoch erreicht. Aus diesem Grund werde es von ihr begrüßt, dass 2 Stellen im Jugendbereich geschaffen und auf die Ausweisung von weiteren k.w.-Stellen verzichtet werde. Insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst liege eine erhebliche Arbeitsverdichtung vor. Im Bereich der Feuerwehr seien aufgrund der Wechselschichttätigkeit die 2 zusätzlich eingeplanten Stellen als sinnvoll anzusehen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewerte daher den Stellenplan positiv und werde ihm zustimmen. Als Kritikpunkt führte Frau Werning den Anteil der weiblichen Beschäftigten in Führungsfunktionen an. Zwar sei insgesamt die Frauenquote bei der Verwaltung als gut zu bezeichnen. Dennoch müsse die Besetzung von leitenden Stellen mit Frauen forciert werden. Dies könne u.a. auch durch die Förderung von Mentoring-Projekten umgesetzt werden.

Für die BG-Fraktion nahm Herr **Kaminski** eine Bewertung des Stellenplanes vor. Er wies auf den ständigen Modernisierungsprozess in der Verwaltung seit 1995 und die damit einhergehende Streichung von über 100 Planstellen hin. Aufgrund dieser Situation erwarte seine Fraktion nun die Vorlage eines schlüssigen Personalkonzeptes, das mit der Politik diskutiert werden müsse. Die für den Stellenplan 2009 vorgesehene Schaffung von zusätzlichen Stellen werde begrüßt. Dennoch sei zu hinterfragen, ob eventuell ein Teil der städtischen Aufgaben wie z. B. der NKF-Bereich durch externe Betreiber übernommen werden könnte. Darüber hinaus halte er eine eigenverantwortliche Personalentscheidung in den einzelnen Fachbereichen für sinnvoll. Es gelte, die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern. Herr Kaminski vertrat die Auffassung, dass aufgrund der derzeitigen Ausbildungssituation die Verwaltung über Bedarf ausbilden sollte. Dennoch werde seine Fraktion dem Stellenplan zustimmen. Er bedankte sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Herr **Knop** machte auf den guten Aus- und Fortbildungsstand der Verwaltungsmitarbeiter aufmerksam. In diesen Bereich müsse auch weiterhin investiert werden. Vom Personal seien bislang erhebliche Konsolidierungen erbracht worden. Weitere Stelleneinsparungen seien aus Motivationsgründen nicht mehr vertretbar. Dem Stellenplan werde daher seitens seiner Fraktion zugestimmt.

Herr **Grosch** begrüßte die Ausweitung des Fachbereichs Jugend um 2 weitere Stellen. Die Vermeidung weiterer Stellenstreichungen bei der gesamten Verwaltung sei positiv zu werten, denn die Arbeitsverdichtung habe durch die Einsparungen im Personalbereich in den letzten Jahren enorm zugenommen. Kritisch zu bewerten sei die Ausbildungssituation bei der Stadtverwaltung. Die Zahl der bereitgestellten Ausbildungsplätze sei zu niedrig. Zudem könnte im nicht verwaltungsspezifischen Bereich mehr ausgebildet werden.

Ein weiterer Kritikpunkt am Stellenplan sei, dass in der Verwaltung kein Sachbearbeiter ausschließlich für Migrations- und Integrationsfragen zuständig sei. Zwar werde in den Schulen sowie in den Jugendzentren gute Integrationsarbeit geleistet, jedoch fehle seiner Ansicht nach ein städtisches Gesamtkonzept, das dieses Themenfeld vermehrt berücksichtige. Aus diesen Gründen werde er sich bei der Abstimmung zum Stellenplan enthalten.

Herr **Baudrexl** bezog sich auf die derzeitige Ausbildungssituation bei der Verwaltung sowie das für den Stellenplan erforderliche Personalmanagement. Insbesondere sei den derzeit 18 städtischen Mitarbeitern in der ARGE die Option zur Rückkehr in die Verwaltung gegeben worden. Der finanzielle Aspekt dürfe dabei nicht außer acht gelassen werden. Des weiteren halte er es für fraglich, wenn in einer äußerst angespannten finanziellen Situation, bei der ein Nothaushalt drohe, über Bedarf ausgebildet werde, um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Er wies auf die unterschiedlichen Ausbildungszweige hin, die neben der klassischen Verwaltungsausbildung angeboten würden. So werde 2009 zum Fachinformatiker sowie zum Gebäudereiniger ausgebildet. Eine weitere Ausbildung erfolge zum Fachangestellten für Medienbibliothek und Archivwesen.

Herr **Sostmann** zeigte auf, dass der Integrationsrat hauptsächlich mit jungen Mitbürgern besetzt sei und sehr engagiert arbeite. Er stellte klar, dass das Thema Integration in der Verwaltung eine bedeutende Rolle spiele und sah sich darin gut aufgestellt für die Zukunft.

Auf die Anmerkung des Herrn **Grosch**, dass durch die Arbeit des Integrationsrates nicht alle Personengruppen wie z.B. Flüchtlinge angesprochen würden und dass die Aufgabenbündelung für den Integrationsbereich allein schon durch eine Umschichtung im Stellenplan erreicht werden könne, antwortete Herr **Hupe**, dass eine Vernachlässigung dieses Personenkreises nicht vorliege. Die Federführung für Integrationsfragen liege bei der Gruppe 23.2. Darüber hinaus werde durch den Fachbereich Jugend sowie im sozialen Bereich eine umfängliche Betreuung dieser Personen angeboten.

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung über die bereits mit einem „k.w.-Vermerk“ versehenen Stellen hinaus jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2009 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Die Sitzung wurde für 20 Minuten unterbrochen.

Zu TOP 15.  
125/2008

NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2009

Herr **Hupe** berichtete, dass einvernehmlich im Ältestenrat vereinbart wurde, die Redezeit für einen Redner jeder Fraktion auf 20 Minuten zu verlängern. Das Gleiche gelte für die Einzelratsmitglieder. Darüber hinaus sei vereinbart worden, nach den Grundsatzklärungen der Fraktionen und anschließender Generaldebatte über den Sachantrag zu beraten und abzustimmen. Abschließend erfolge die Abstimmung über den Gesamthaushalt. Die Haushaltsreden der Fraktionen würden als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Frau **Dyduch** begründete in ihrem Statement die Zustimmung ihrer Fraktion zur vorgelegten Haushaltssatzung und -planung.

- Redebeitrag s. Anlage 3 -

Herr **Kissing** nahm für die CDU-Fraktion eine Bewertung des Haushaltes vor und zeigte Gründe zur Ablehnung der Haushaltssatzung auf.

- Redebeitrag s. Anlage 4 -

Herr **Kühnapfel** bewertete für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt und die Finanzlage der Stadt.

- Redebeitrag s. Anlage 5 -

Herr **Knop** nahm Stellung zum vorgelegten NKF-Produkthaushaltsplan.

- Redebeitrag s. Anlage 6 -

Eine Bewertung des Haushaltsplanes sowie der Finanzsituation nahm Herr **Kloß** vor.

- Redebeitrag s. Anlage 7 -

Herr **Grosch** gab eine Analyse des vorgelegten Haushaltsplanes ab.

- Redebeitrag s. Anlage 8 -

Herr Voss verließ um 18.30 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht mehr teil.

Die Sitzung wurde für 15 Minuten unterbrochen und um 18.45 Uhr mit der Generaldebatte fortgesetzt.

Herr **Baudrexl** bezog sich auf aktualisierte Daten zum Haushaltsplan, die als Tischvorlage nachgereicht wurden. So hätte u.a. die 2. Proheberechnung zum GFG berücksichtigt werden können, die eine positive Entwicklung der Schlüsselzuweisungen zur Folge gehabt hätte. Darüber hinaus sei die Gewinnentnahme der Stadtentwässerung von 1,3 Mio. Euro in die Finanzplanung 2010 als Ertrag vorgesehen worden. Die aktuellen Zahlen zur Gewerbesteuer seien ebenfalls eingearbeitet worden, so dass eine leichte Verringerung des Defizits dargestellt werden konnte.

Frau **Dyduch** nahm eine Bewertung der einzelnen Haushaltsreden vor. Demnach sei die CDU-Fraktion nicht bereit, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Konkrete Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation seien nicht genannt worden. Hinweise auf andere Städte und auf deren finanzielle Situation zu geben, sei fehlplatziert. Darüber hinaus hielt sie die vorgetragenen Einsparungsmöglichkeiten der FDP-Fraktion sowie der BG-Fraktion für wenig hilfreich und zielführend, um die Haushaltslage zu verbessern.

Zur Haushaltsrede von Herrn Grosch merkte Frau **Möller** an, dass in NRW jede Kommune Elternbeiträge erhebe, selbst in den besser situierten Gemeinden und Städten müssten die Eltern für Kindertageseinrichtungen zahlen.

Zum Einwand des Herrn Kloß, bei der städt. Bücherei mehr einsparen zu können, stellte Frau Möller die hohe Bedeutung der Bücherei für die Stadt heraus. Sie sah darin ein System, das sehr gut funktioniere und nicht abgeschafft bzw. vom Angebot her reduziert werden dürfe durch z.B. den Einsatz von Büchereibussen.

Herr **Kaminski** erwiderte, dass seine Fraktion keine Einsparungen bei der Bücherei fordere. Vielmehr solle das Angebot und der Service für die Kamener Bürgerinnen und Bürger optimiert werden.

Auf den Einwand von Frau **Möller**, Optimierungsvorschläge zur Bücherei seien von der BG-Fraktion nicht genannt worden, antwortete Herr **Kloß**, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit zunächst bei einigen Einsparungsmaßnahmen gesperrt habe. Dieses nun als eigene Erfolge zu verkaufen, sei nicht richtig.

Herr **Kissing** erklärte für die CDU-Fraktion, dass die Entschuldung der Stadt mindestens 25 Jahre und länger bedürfe. Seine Fraktion verfolge das Ziel, den Schuldenstand zu reduzieren. Die SPD-Fraktion dagegen habe resigniert und die Stadt aufgrund ihrer finanziellen Situation längst aufgegeben. Ihm sei bewusst, nur durch konsequenten Verzicht die Schulden reduzieren zu können. Darüber hinaus könne mit einem kommunalen Investitionsprogramm, das der Substanzerhaltung diene, dieses Vorhaben langfristig untermauert werden.

Herr **Kühnapfel** fügte an, dass er lediglich versucht habe, die finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt aufzuzeigen. Ein direkter Einfluss darauf bestehe nicht. Dennoch müsse versucht werden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Sparmaßnahmen zu ergreifen. Er zeigte auf, dass seine Fraktion die Umwandlung des Krankenhauses in eine gGmbH sowie die interfraktionelle Sparrunde positiv begleitet hätte. Die Vorschläge der BG-Fraktion zur Verbesserung der finanziellen Situation seien wenig erfolgsversprechend.

Herr **Knop** stellte heraus, dass die Politik durch einen freiwilligen Verzicht Zeichen setzen müsse, um einen kommunalen Ausgleich erreichen zu können. Insbesondere gelte es, mehr Flexibilität und Kreativität bei den politischen Entscheidungen zu zeigen.

Die Rede von Frau Dyduch verglich Frau **Scharrenbach** mit dem städt. Haushalt, der inhaltlich bankrott sei. Von der Opposition vorgetragene Argumente würden konsequent zurückgewiesen. Sie ging ferner auf die Familienpolitik der SPD-Fraktion ein. Demnach würden nachfolgende Generationen mit hohen Zins- und Tilgungszahlungen belastet, was ihrer Meinung nach kein verantwortungsvolles Handeln darstelle. Durch das KiBiz werde den Kommunen die Verantwortung gegeben, über finanzielle Regelungen selbst zu entscheiden. In Kamen sei diesem Umstand nur durch beträchtliche Beitragsanhebungen Rechnung getragen worden. Dadurch sei insbesondere der Mittelstand erheblich belastet worden, was nicht gerecht sei. Es sei versäumt worden, die Beiträge verträglich zu halten im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Familien- und Bildungspolitik. Die SPD-Fraktion habe sich andere Prioritäten gesetzt und dadurch einen hohen Schuldenberg aufgebaut. Die Folge sei eine weitere Einschränkung der Gestaltungsspielräume. Mit der Einführung des NKF habe der Gesetzgeber den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, wirtschaftlich zu handeln sowie strukturelle Änderungen vorzunehmen. Durch die Einsparung von über 100 Stellen sei dieser Weg bereits eingeschlagen worden. Darüber hinaus müsse es noch weitere Umstrukturierungen geben, wie z.B. die Verselbständigung der technischen Betriebe zu einem Eigenbetrieb. Frau Scharrenbach sah Parallelen zum Eigenbetrieb Stadtentwässerung und damit verbunden auch die Chance, handelsrechtliche Gewinne zu

erwirtschaften.

Zu den Ausführungen zum Haushalt des Herrn Grosch merkte Frau Scharrenbach an, dass das Ruhrgebiet über Jahrzehnte mit öffentlichen Mitteln subventioniert worden sei. Das Problem sei nun, dass insgesamt zu wenig Arbeitsplätze in Kamen und der gesamten Region vorhanden seien. Gerade für nicht ausgebildete bzw. gering qualifizierte Arbeitskräfte sei es schwierig, einen Job zu finden. Seine Argumentation stehe im Widerspruch zu der strikten Haltung, sich grundsätzlich gegen Gewerbegebietausweisungen bzw. –erweiterungen auszusprechen.

Ferner würden energetische Erneuerungen in Schulgebäuden eingeplant. Sie gehe aber davon aus, dass für diese Projekte keine Fördergelder bewilligt würden, da die Stadt Kamen keine HSK-Kommune sei. Daher werde eine Realisierung dieser Sanierungen auch nicht erfolgen. Sie wies darauf hin, dass ihre Fraktion seit längerem Investitionen im Energiebereich gefordert habe, um nachhaltig Kosten einzusparen, die aber bislang immer abgelehnt wurden.

Herr **Brüggemann** erläuterte die für die Wirtschaftlichkeit von Kunstrasenplätzen zugrunde gelegten Zahlen. Demnach sei von einer wöchentlichen Nutzung von 42 Stunden auszugehen. Unter Berücksichtigung von Ferien seien dies im Jahr 1.700 Stunden. Da mehrere Trainingseinheiten auch gleichzeitig durchgeführt würden, sei somit von einer Nutzungsdauer von ca. 2000 Stunden im Jahr auszugehen. Die damit verbundenen Aufwandsersparungen bezeichnete er als zufriedenstellend.

Zu den Elternbeiträgen für Kamener Kindertageseinrichtungen führte er aus, dass im Vergleich zu einer anderen Nachbarkommune lediglich bei einem Jahreseinkommen ab 70.000 Euro ein höherer Betrag zu zahlen sei. Die Erhöhung sei letztendlich nur durch die Zurückziehung des Landes aus der Förderung erforderlich geworden.

Zum Thema Kultur zeigte sich Herr Brüggemann offen, über Umstrukturierungen bei den Abo-Reihen zu diskutieren und diese zu analysieren. Das Projekt Metropole Ruhr 2010 bewertete er als äußerst wichtig für diese Stadt. Weitere Administrationsgespräche würden dazu Anfang 2009 geführt.

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass sich im Laufe des Jahres 2009 die städt. Finanzsituation noch deutlich verschlechtern könne. Daher sei der Hinweis auf enge finanzielle Spielräume gerechtfertigt. Des weiteren sei es nicht richtig, Familienpolitik allein an der Beitragsherausziehung von Eltern fest zu machen. Insbesondere durch freiwillige Leistungen sei ein soziales Netzwerk in Kamen geschaffen worden, das gut funktioniere. Sie merkte an, dass in Kamen in den letzten Jahren nicht über die Verhältnisse gelebt wurde.

Herr **Lipinski** verdeutlichte, dass Kamen zu den Kommunen in NRW gehöre, denen durch die Landesregierung insgesamt 1,8 Milliarden Euro an finanziellen Mitteln entzogen wurden und nannte als Beispiel das KiBiz. Es sei daher nachvollziehbar, wenn die Verwaltung Maßnahmen ergreife, diesem Umstand entgegenzuwirken. Das Ziel der Landesregierung, mit den umgesetzten Einsparungseffekten Schulden abzubauen, sei nicht erreicht worden.

Herr **Grosch** unterstrich die Bedeutung des Ruhrgebietes für die Bildungslandschaft in Deutschland. In Kamen sei eine der höchsten Abitur-Quoten zu verzeichnen. Aber leider fehle es an Arbeitsplätzen für diese gut ausgebildeten Jugendlichen, genauso wie für die nicht ausreichend qualifi-

zierten jungen Menschen. Hier gelte es, ihnen die Möglichkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu geben. Das könne die Kommune aber allein nicht schultern. In diesem Zusammenhang seien die Rahmenbedingungen zu kritisieren. Die staatlichen Kassen auf allen Ebenen seien verschuldet. Die überörtliche Politik sei nicht mehr in der Lage, dieser sozialpolitischen Pflicht nachzukommen.

Herr **Krause** meinte, dass die SPD-Fraktion durch die Zustimmung zum Haushalt Mut zur Entscheidung zeige und somit Verantwortung übernehme.

Die von der Verwaltung präsentierte Wirtschaftlichkeitsberechnung zu Kunstrasenplätzen sei, so Herr **Kühnapfel**, reine Theorie. Eine Aussage dazu könne letztendlich nur getroffen werden, wenn die tatsächliche Spieldauer zugrunde gelegt werde. Darüber hinaus seien wesentliche Kostenaspekte nicht in die Berechnung eingeflossen wie z.B. Lebensdauer, Reparaturen sowie Entsorgung des Kunstrasens. Er stellte dar, dass bei einer täglichen Nutzung von lediglich 4 Stunden eine höhere Wirtschaftlichkeit gegenüber anderen Spielplätzen nicht mehr gegeben sei.

Herr **Hasler** führte zum Thema Kunstrasenplätze aus, dass der reine Unterhaltsaufwand im Vergleich zu herkömmlichen Spielfeldern fast identisch sei, da die Erneuerung des Kunstrasens nach 10-15 Jahren einzuplanen sei. Daher fordere auch seine Fraktion mehr Informationen von der Verwaltung. Ihm sei bewusst, dass Kunstrasenplätze eine bessere Bespielbarkeit auszeichnen würde. Jedoch müsse ein entsprechender Bedarf für diese Plätze vorhanden sein. Die Schaffung von Kunstrasenspielflächen dürfe nicht durch Aufgabe weiterer Tennenplätze geschehen.

Zur Verschuldung der Stadt Kamen erläuterte Herr Hasler, dass seine Fraktion nicht grundlegend Kritik an den Finanzen übe. Das Verhältnis von investiven Darlehen und den aufzubringenden Zinszahlungen sei jedoch nicht mehr nachvollziehbar. Das Problem sah er in der Höhe der Kassenkredite, die nicht mehr tragbar seien. Die Zinsaufwendungen dafür seien mit 600.000 Euro höher beziffert als der Ansatz für investive Darlehen. Darüber hinaus hätte er Änderungsvorschläge seitens der SPD, auf weitere Kassenkredite zu verzichten sowie Zinszahlungen zu reduzieren, nicht vernommen.

Herr **Kaminski** merkte an, dass eine Debatte über Kunstrasenplätze eher im Fachausschuss geführt werden sollte. Darüber hinaus halte er die Kamener Sport-Infrastruktur sowie die umgesetzten Sportförderprogramme für gut. Im Endeffekt würden die Bürger einer Stadt über getroffene Maßnahmen entscheiden. Die letzte Kommunalwahl in NRW habe dies gezeigt. In vielen Kommunen hätten sich die Mehrheitsverhältnisse geändert, weil die Bürger unzufrieden gewesen seien.

Die SPD-Fraktion trage, so Herr **Klanke**, den vorgelegten Haushalt in Gänze und zeige Lösungsansätze zur Verschuldungssituation auf. Zudem sei die Wirtschaftsförderung der Stadt gut aufgestellt. Dies sei der Verwaltung durch die Unternehmen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Planungsprojekten bestätigt worden.

Herr **Kloß** sah keine klare politische Linie in der SPD. Auf Kreisebene werde aus Einsparungsgründen mehr interkommunale Zusammenarbeit gefordert. Dagegen finde dieser Punkt bei der SPD-Fraktion in Kamen keine Beachtung. Der Vorschlag für eine gemeinsame Rechnungsprüfung werde hier nicht weiter berücksichtigt.

Frau **Scharrenbach** zeigte auf, dass aufgrund der jetzigen Arbeitsmarktsituation in dieser Region ein bestimmter Personenkreis nicht für den Arbeitsmarkt vermittelbar sei mit der Konsequenz, dass soziale Leistungen für diese Personen einschließlich ihrer Familien gewährt werden müssten. Ursächlich dafür seien u.a. die gestiegenen Anforderungen in der Wirtschaft. Der Bereich Schule trage dabei auch eine gewisse Verantwortung, denn es gelte, eine möglichst frühe Förderung von ausbildungsfähigen Schülern durch die Lehrer zu initiieren, was sehr engagiert von den Kamener Schulen umgesetzt werde. Darüber hinaus müssten bei Kindern mit Migrationshintergrund auch verstärkt die Eltern mit einbezogen und beteiligt werden. Gemeinsam festgelegte Erziehungsvereinbarungen seien dabei sehr hilfreich.

Zur jetzigen Haushaltslage führte Frau Scharrenbach aus, dass de facto keine Gestaltungsspielräume vorhanden seien. Ihrer Meinung nach wären Einsparungen in kleinen und angemessenen Schritten ebenfalls hilfreich. Als Beispiel nannte sie das Angebot der Kleinen Abo-Reihe, das mangels Nachfrage aufgegeben werden konnte.

Ferner vermisse sie zukunftsweisende Entscheidungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, denn die Stadt Kamen müsse auf die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen, auch wenn sie überwiegend nur für geringqualifizierte Arbeitnehmer sein würden.

Zu dem Hinweis von Herrn **Hasler**, der von der SPD-Fraktion mitgetragene Haushaltsplan setze keine Akzente und zeige keine Kreativität, aus der jetzigen finanziellen Situation heraus zu kommen, ergänzte Herr **Kissing**, dass eine gut funktionierende Wirtschaftsförderung sowie damit einhergehend die Schaffung von Arbeitsplätzen das A und O für diese Stadt sei. Er habe von einigen Unternehmen erfahren, dass seitens der Verwaltung eine Beratung nur durch kurze Informationsweitergabe stattgefunden hätte und somit nicht befriedigend verlaufen sei. Daher sei zu hinterfragen, ob die Wirtschaftsförderung ausreichend sei. Insbesondere sah er auch keine Zusammenarbeit von Kamen mit der WFG sowie eine Vernetzung auf Kreisebene. Er erwarte, dass auch der Landrat mehr Initiative ergreife, um Firmen in dieser Region anzusiedeln.

Herr **Hupe** stellte klar, dass bei Klagen von Unternehmen, die Wirtschaftsförderung habe zu wenig Engagement gezeigt, diese direkt an die Verwaltung heran getragen werden sollten, um eine einvernehmliche Klärung herbei zu führen. Des weiteren sehe er sehr wohl eine Vernetzung auf Kreisebene und führte das Projekt NIRO (Netzwerkinitiative Ruhr-Ost) an. Ebenso verwies er auf das Gewerbegebiet Kamen-Unna, bei dem ein gemeinsames interkommunales Flächenmanagement unter Federführung der WFG sowie des Landrates, Herrn Makiolla, betrieben werde.

Herr **Sostmann** trug die Bitte vor, dass bei vorliegender Unzufriedenheit mit der Verwaltung genauere Angaben gemacht werden sollten, um in diesen Fällen weiter zu recherchieren. Darüber hinaus hätte diese Kritik im Wirtschaftsausschuss thematisiert werden können. Er selber führe in vielen Fällen die Gespräche mit den Unternehmen. Dabei spiele die Größe dieser Firmen keine Rolle.

Herr **Kissing** machte deutlich, dass seine Kritik eher allgemein gewesen sei und sich weniger auf Einzelfälle bezogen hätte. Ferner sei für ihn eine weitere Vernetzung von Institutionen nicht zielführend. Vielmehr müssten untereinander mehr Kontakte von Unternehmen geschaffen werden.

Dem entgegnete Herr **Hupe**, dass NIRO insbesondere ein Zusammenschluss von Unternehmen sei.

#### Sachantrag des Herrn Grosch

Herr **Grosch** schilderte, dass die Kosten für den Parkraum in der Kamener Innenstadt insbesondere durch Sanierungsmaßnahmen am Parkhaus Kämerstraße sowie der Tiefgarage Willy-Brandt-Platz beachtlich angestiegen seien. Die Finanzierung sei nur durch Aufnahme weiterer Kredite möglich. Aus diesem Grund schlage er, wie bereits in den vergangenen Jahren auch, die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung vor, um so einen gewissen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die Nutzung des ÖPNV werde dadurch ebenfalls gefördert.

Frau **Müller** zeigte auf, dass zunächst die Sanierung des Parkhauses Kämerstraße sowie der Neubau am Bahnhof abgewartet würde, um dann Gespräche mit der KIG mit Blick auf Parkraumbewirtschaftung zu führen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei daher die Parkraumbewirtschaftung für ihre Fraktion kein Thema. Der Antrag werde nicht mitgetragen.

Herr **Hasler** wies insbesondere auf die Stärkung des Handelsstandortes Innenstadt hin, die durch die bauliche Sanierung konkurrenzfähig bleibe. Er halte die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung daher für kontraproduktiv. Bezüglich der Parkmöglichkeiten könne der Aspekt Zeitschiene eventuell überprüft werden. Dennoch werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Kühnapfel** verdeutlichte, dass seine Fraktion diesen Antrag unterstütze, da bereits seit Jahren eine Parkraumbewirtschaftung von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert werde. Entsprechend dem Verursacherprinzip halte er es für erforderlich, dass PKW-Fahrer für die notwendigen Investitionen aufkommen müssten. Die Stärkung des Innenstadthandels werde vordergründig nicht durch kostenfreie Parkplätze beeinflusst. Vielmehr werde eine attraktive Innenstadt durch das vorhandene Angebot bestimmt.

Herr **Kaminski** stellte grundsätzlich Einigkeit fest, die Kaufkraft in der Kamener Innenstadt zu stärken. Seine Fraktion könne sich diesbezüglich verschiedene Verfahren vorstellen. Daher stelle sich die BG-Fraktion auch nicht grundsätzlich gegen eine Parkraumbewirtschaftung.

Herr **Knop** sah keine Notwendigkeit, Parkgebühren in der Kamener Innenstadt einzuführen. Diese Maßnahme werde keine finanziell ergiebige Auswirkung auf den Haushalt haben.

#### Beschluss:

In das Produkt 54.01.01 (Bau von Verkehrsflächen) sind Kosten für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung einzustellen.  
Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sind an entsprechender Stelle in den NKF-Produkthaushaltsplan einzustellen (Produktgruppe 12.03 Verkehrsangelegenheiten).

**Abstimmungsergebnis zum Sachantrag:** bei 7 Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt

### **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 16 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 16.  
124/2008

Beteiligungsbericht 2008

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 17.  
097/2008

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2009 und die Finanzplanung für die Jahre 2008 - 2012

Durch die einstimmige Beschlussfassung im Betriebsausschuss sei, so Frau **Dyduch**, ein eindeutiges Signal für die Annahme des Wirtschaftsplanes gesetzt worden. Mit diesem Plan werde der Investitionsbedarf in das Kanalkataster festgelegt. Notwendige Sanierungen müssten aber unter dem Aspekt der Gebührenentwicklung betrachtet werden. Darüber hinaus sei laut Stellenplan eine Stelle noch nicht besetzt. Sie dankte der SEK für die geleistete Arbeit.

Herr **Kissing** hielt die Betriebsführung der SEK in Form eines Eigenbetriebes für passend. Durch das vorgelegte Zahlenwerk werde dieses bestätigt. Er stellte heraus, dass der Investitionsbedarf von 54 Mio. Euro beachtlich sei. Er verbinde damit aber auch die Hoffnung, dass notwendige Investitionen in nächster Zeit sukzessive umgesetzt würden.

Herr **Kloß** sah in der Gründung der SEK den richtigen Weg. Ihm sei wichtig, diesen Eigenbetrieb in der jetzigen Form beizubehalten. Aus diesem Grund stimme seine Fraktion dem vorgelegten Wirtschaftsplan zu.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2009 und den Entwurf des Finanzplanes für die Wirtschaftsjahre 2008 – 2012.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 18.  
120/2008

Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2007

Herr **Kloß** begründete seine Ablehnung des Jahresabschlusses der KBG und bezog sich dabei auf die Geschäftsberichte der letzten 10-12 Jahre. In dieser Zeit hätte die Stadthalle zu hohe Verluste erwirtschaftet und sei

daher nicht mehr tragbar. Insgesamt seien durch die Stadt Zuschüsse von 4,5 Mio. Euro gezahlt worden. Durch den Einsatz eines professionellen Veranstaltungsbüros sehe er die Möglichkeit, eine bessere Vermarktung der Stadthalle zu erreichen. Zudem gehe er davon aus, dass ein professioneller Veranstalter über bessere Vernetzungen und Kontakte in dieser Branche verfüge, um eine optimalere Auslastung zu erreichen.

Herr **Gercek** stellte klar, dass die KBG nicht ohne städtische Zuschüsse auskommen könne. Die Stadthalle würde als feste Institution in der Stadt von vielen Bürgern, Vereinen und Verbänden genutzt. Er wies auf die derzeitige schwierige Situation in der Gastronomie hin, was sich auch bei der Belegung der Stadthalle widerspiegele. Er dankte der KBG für die geleistete Arbeit.

Herr **Grosch** merkte an, dass das von der KBG vorgegebene Ziel nicht erreicht wurde. Insofern sei eine gewisse Selbstkritik der Geschäftsführung angebracht. Er werde dennoch dem Jahresabschluss zustimmen.

Zu den Anmerkungen des Herrn **Kaminski**, die KBG zeige zu wenig Kreativität, um den Fehlbetrag zu minimieren und die Kontrollgremien würden keine Kritik an der Geschäftsführung üben, ergänzte Herr **Kloß**, dass er dem Aufsichtsratsvorsitzenden die nötige Kompetenz abspreche.

Frau **Dyduch** entgegnete, dass die Stadthalle sehr vielfältig genutzt werde und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehe. Eine preisdeckende Kalkulation sei nicht möglich, zumal öffentliche Veranstaltungen konjunkturabhängig seien. Daher sei eine Gewinnerzielung auch eher unwahrscheinlich. Die Geschäftsführung sowie der Aufsichtsrat habe verantwortungsvolle Arbeit geleistet.

In der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender bat Herr **Gercek** um mehr Sachlichkeit in der Diskussion.

Herr **Knop** führte aus, dass eine bessere Vermarktung der Stadthalle erstrebenswert, aber im Moment wohl nicht möglich sei. Ursächlich sah er darin die derzeitige schlechte konjunkturelle Lage.

Herr Ebbinghaus verließ um 20.30 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht mehr teil.

### **Beschluss:**

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2007 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 424.862,89 € wird von der Stadt Kamen ausgeglichen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 19.  
118/2008

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2007

Herr **Wiedemann** übernahm die Sitzungsleitung.

An der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt haben gemäß § 31 GO NRW die folgenden Ratsmitglieder nicht mitgewirkt:

Gabriele Bartosch-Keutgen, Ingrid Borowiak, Christel Ciecior, Britta Dreher, Kaya Gercek, Rosemarie Gerdes, Astrid Gube, Petra Hartig, Reinhard Hasler, Hermann Hupe, Renate Jung, Annette Mann, Jochen Müller, Ursula Müller, Rüdiger Plümpe, Ina Scharrenbach, Franz-Hugo Weber

Herr **Kloß** erläuterte, dass die BG-Fraktion in ihrer Meinung konsequent bleibe und somit dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der KBG keine Entlastung erteilen werde, da keine Veränderungen bewirkt wurden, um die finanzielle Situation zu verbessern.

#### **Beschluss:**

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH werden gem. § 12 Nr. 3b des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Herr **Wiedemann** übergab die Sitzungsleitung an Herrn **Hupe**.

Zu TOP 20.  
114/2008

Wiederwahl des 1. Beigeordneten der Stadt Kamen sowie Bestellung zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters und zum Stadtkämmerer

Herr **Kloß** zeigte auf, dass er der Wiederwahl nicht zustimmen werde und nannte hierfür als Grund die schlechte finanzielle Lage der Stadt. Seiner Meinung nach trage der Kämmerer die Verantwortung für diese Situation.

Herr Kaminski verließ um 20.40 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht mehr teil.

### **Beschluss:**

Herr Hans-Jochen Baudrexl wird als 1. Beigeordneter der Stadt Kamen wiedergewählt und zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters und zum Stadtkämmerer bestellt.

Herr Baudrexl ist mit Wirkung vom 01.06.2009 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zum 1. Beigeordneten zu ernennen.

Die Besoldung erfolgt entsprechend der Eingruppierungsverordnung NW nach der Besoldungsgruppe B 3 Bundesbesoldungsgesetz. Die nach der Eingruppierungsverordnung NW jeweils höchstzulässige Aufwandsentschädigung ist zu zahlen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

Bürgermeister **Hupe** gratulierte Herrn Baudrexl zur Wiederwahl und übergab einen Blumenstrauß.

Herr **Baudrexl** sprach seinen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen aus. Die Wiederwahl, die einen formalen Charakter habe, wertete er durch das eindeutige Ergebnis auch als Anerkennung für seine Arbeit. Nur mit kompetenten Mitarbeitern habe das bislang Geleistete erreicht werden können. Insofern sei seine Wiederwahl auch als eine Auszeichnung für seine Kollegen zu sehen.

Zu TOP 21.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung.

Anfragen wurden nicht gestellt.

### **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Keine Mitteilungen der Verwaltung und keine Anfragen.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Kein Diskussionspunkt

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer